

Ist die Occupy-Bewegung tot?

Peter Maria Gabriel Christen

Wenn ja, ist sie umgebracht worden oder ist sie von selber gestorben? Totgesagt ist sie auf jeden Fall von den Medien, aber auch von vielen, die einst voller Begeisterung in der Bewegung aktiv waren.

Occupy war für viele eine Hoffnung. Vor gut einem Jahr, am Samstag, 15. Oktober 2011, trafen sich über tausend Menschen auf dem Paradeplatz in Zürich. Der Tramverkehr kam zum Erliegen, die Polizei schaute freundlich zu, denn an der Vorbereitungssitzung im Volkshaus Zürich, am 10. Oktober, wurde als erstes und wichtigstes Traktandum beschlossen, dass Occupy auf jeden Fall gewaltfrei und friedlich sein soll, und zweitens, dass keine Bewilligung eingeholt wird. Drittens, dass es keinen Chef und keine Leitfigur geben soll, und Occupy sich von keiner politischen oder anderen Organisation einverleiben lässt. Viertens, dass niemand im Namen der Occupybewegung sprechen dürfe, nur in seinem eigenen, und dass einzig die Vollversammlung (VV) das Recht auf Entscheidung und offizielle Stellungnahmen habe.

Das wusste die Polizei natürlich. Natürlich, weil an der Vorbereitungssitzung auch Presseleute waren, und zweitens, weil auf inoffiziellem Weg diese Information bewusst an die Ordnungshüter weitergegeben wurde. Und sie tolerierten es - solange es friedlich bleibe, wurde uns auf dem inoffiziellen Weg postwendend zurückgegeben.

Und es war friedlich. Da waren Transparente, Parteifahnen der jungen politischen Parteien, mit Strassenkreide

malende Kinder und gitarrespielende Sänger.

An Rednern und Rednerinnen fehlte es nicht. Wünsche wurden ausgesprochen. Wünsche an die Finanzwelt, an die Wirtschaft, an die Gesellschaft, in Bezug auf die Menschenrechte und die Umwelt. Es wurde aber auch an jeden Einzelnen appelliert, sich selber zu ändern, in sich zu gehen, bis hin zur Aufforderung geistig und spirituell zu wachsen, auf dass unsere Welt besser werde. Das Spektrum war gross, die Hoffnung auf eine bevorstehende Veränderung auch. Geweckt wurden diese Hoffnungen durch die Occupy Wall Street Bewegung, die sich nun auch hier in der Schweiz manifestieren würde.

(...) „Occupy Wall Street (englisch für Besetzt die Wall Street; abgekürzt auch OWS) ist eine von der kanadischen *Adbusters Media Foundation*, einer konsumkritischen Stiftung, angeregte Protestbewegung. *Kalle Lasn*, Gründer von *Adbusters*, und sein Chefredakteur *Michah White* initiierten erste Aktionen über soziale Netzwerke im Juni 2011. Im Gefolge wurden der *Zuccotti Park* in Lower Manhattan in New York City von Demonstranten besetzt, eine Zeltstadt errichtet und in *Liberty Plaza* umbenannt. Dies geschah ausdrücklich mit Bezug auf die Besetzung des *Tahrir-Platzes* in

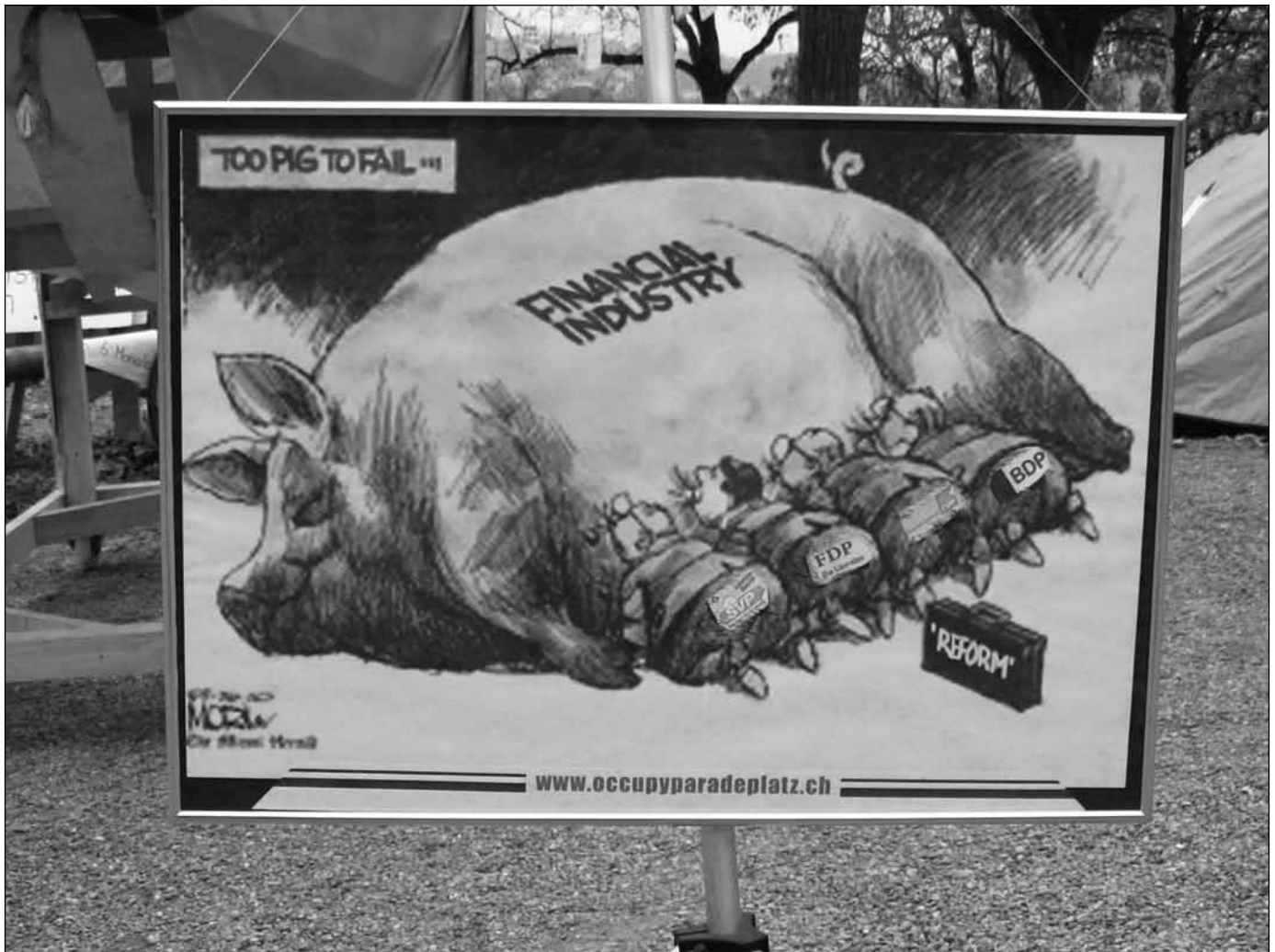
Ägypten während des Arabischen Frühlings“, ist in Wikipedia zu lesen.

Der Protest in New York richtete sich vor allem gegen die Machenschaften der Banken, die Hausbesitzern ungesicherte Hypotheken andrehen, um sie bei Zahlungsunfähigkeit aus ihrem Zuhause zu vertreiben. Rund 10,7 Millionen Haushalte, oder jeder vierte Schuldner in den USA, waren betroffen von dieser Schuldenkrise. Aber in New York protestierten auch viele gegen die soziale Ungerechtigkeit und die Macht des Kapitals im Allgemeinen.

„Wir sind die 99 %“ bedeutet: 1 % der Menschen besitzt soviel Kapital, dass sie Macht über 99 % ausüben können.

In Zürich beschlossen an diesem 15. Oktober 2011 eine Gruppe von ca. 40 Leuten in einer VV auf dem Paradeplatz zu campieren. Getreu ihren Vorbildern in New York. Als die Polizei sie am späten Abend wegweisen wollte, stiess sie auf friedlich freundlichen Widerstand, denn einzelne Personen weigerten sich, eine Wegweisung entgegenzunehmen, es gab eben keinen „Chef“, keine „Chefin“, die Polizei hätte sich an die VV zu wenden, nur diese sei beschlussfähig. Irritiert zogen sich die Ordnungshüter zurück und es wurde gemunkelt, bis





am Montagmorgen müsse man dann aber schon weg sein, sonst störe man den Geschäftsbetrieb der umliegenden Grossbanken.

Am Montagmorgen räumten die Aktivistinnen und Aktivistinnen friedlich und widerstandslos den Paradeplatz und zogen mit ihren Zelten auf den Lindenhof. Dort entstand innert kürzester Zeit eine Zeltstadt mit Infrastruktur. Eine Küche, ein Medienzelt, sogar ein kleines Zirkuszelt für die VVs und Veranstaltungen wurden aufgebaut. Die Unterstützung aus der Bevölkerung mit Sach- und Geldspenden war enorm.

Und da entstanden die ersten Schwierigkeiten nach aussen und nach innen. Der Polizeichef kam unter den Druck der rechtsorientierten Stadtparlamentarier, die verlangten, dass das Camp geräumt werden müsse, und im Camp selber liessen sich immer mehr Obdachlose und Alkoholiker nieder, die den engagierten Aktivistinnen und Aktivisten zu schaffen machten. Ausserdem war die Themenvielfalt der Engagierten so gross, dass so schnell kein gemeinsamer Nenner gefunden werden konnte und schon gar nicht klare Forderungen nach aussen möglich waren. Und klare Forderungen

erwarteten die Medien, denn die sind so gedrillt, dass sie darauf angewiesen sind, klare Strukturen zu finden und benennbare Personen, die eindeutige Funktionen haben, damit sie deren Aussagen, respektive Anliegen zitieren können.

Das Camp auf dem Lindenhof wurde nach etwa einem Monat geräumt. Die Rechtspolitik hatte sich durchgesetzt und die Ordnungshüter beriefen sich auf Richtlinien. Diese Richtlinien zu erstellen delegiert der Bund den Kantonen, und die Kantone den Städten. Es liegt also durchaus im Ermessen eines Stadtparlamentes in der Schweiz, diese Richtlinien





tolanter oder enger zu gestalten und zu interpretieren. Und da liegt „der Hase im Pfeffer“.

Hätte die Stadtregierung diese Richtlinien toleranter ausgelegt und hätte der Occupy-Bewegung mehr Zeit gegeben, wäre auf dem Lindenhof sicher ein winterfestes Camp entstanden, hätten sich Arbeitsgruppen gebildet, die schlussendlich zu klaren Aussagen und Forderungen zu verschiedensten Themen gekommen wären, wäre nach Lösungen gesucht worden, mit den Obdachlosen und Alkoholikern menschlich aber sinnvoll sich abgrenzend umzugehen. Aber eben, „wäre“ und „hätte“, oder um den Hasen noch einmal zu bemühen, „wenn der Hund nicht geschissen hätte, hätte er den Hasen erwischt“.

Es ist in allen Ländern die sich rühmen

eine Demokratie zu sein zu beobachten, dass wenn eine Occupy- oder sonstige kritische Bewegung aufkommt, dieser demokratische Staat, der ja eigentlich die Interessen der Bevölkerung - sprich der 99 % - wahrnehmen sollte, mit immer enger werdenden Gesetzen und Bestimmungen die Schlinge um den Hals der Aktivistinnen und Aktivisten zuzieht, und so über den Einzelnen und die Einzelne die ganze Bewegung erstickt.

Ganz konkret: Die erste Demo auf dem Paradeplatz in Zürich duldeten die Ordnungskräfte, obwohl Musik gemacht wurde, Transparente aufgehängt, sogar an das Tramhäuschen und die umliegenden Banken. Einen Nachmittag lang war der Trambetrieb lahm gelegt, und nichts war bewilligt, aber eben, geduldet, weil die Bestimmungen entsprechend weit und tolerant gehandhabt wurden.

Das Camp auf dem Lindenhof wurde einen Monat geduldet. Ein paar Monate später, im Frühling 2012 versuchte Occupy-Zürich ihre Zelte auf der Terrasse am Bürkliplatz unter der Ganymed-Statue aufzustellen. Es war Abend. Kaum hatten die etwa vierzig Aktivistinnen und Aktivisten die ersten Zelte aufgestellt, tauchte eine Polizeieinheit mit rund hundert Mann auf, und vertrieb die kleine Schar unter Androhung von Verhaftung und Rayonverbot. Null Toleranz. Sie hätten die Weisung, Occupy nirgends auf Stadtgebiet ein Camp errichten zu lassen, würden ihnen überall hin folgen, um sie zu vertreiben.

Für Demonstrationen auf dem Paradeplatz wurden immer expliziter Bewilligungen gefordert. Das heisst, eine Privatperson musste die Bewilligung einholen und bezahlen und konnte für jeden entstehenden Schaden haftbar gemacht werden. Die AktivistInnen spalteten sich, denn für die einen war Occupy nur Occupy wenn es „besetzte“, die andere Gruppierung wollte sich den Bewilligungspflichten beugen. So wurde ein Keil in die Bewegung getrieben.

An der letzten unbewilligt durchgeführten Demo auf dem Paradeplatz traten zwischen den Rednerinnen und Rednern verschiedene Liedermacher auf. Die Ordnungskräfte ertrotzten sich unter Androhung eines Polizeigrossaufgebotes eine Bewilligung mit dem Hinweis, es dürfte weder Musik gemacht werden, noch Transparente vorhanden sein, auch keine Infrastruktur wie Verstärker oder Kochgelegenheiten dürften aufgebaut werden. Das einzige, was nicht bewilligungspflichtig sei, ist, wenn Personen miteinander redeten. So eng wird also die verfassungsmässig garantierte Versammlungsfreiheit nun interpretiert.

Nicht nur in Zürich wird massiv aufgerüstet gegen innen. Innere Sicherheit nennt man das. Sicherheit wovor? Vor der Empörung der Bevölkerung, die ihrem Unmut und ihrer Sorge um die Zukunft Ausdruck verleihen will? Muss sich der Staat schützen gegen seine Bürger, die friedlich und kreativ nach neuen Wegen und Möglichkeiten suchen?

Occupy ist umgebracht worden, nicht selber gestorben. Aber nicht ganz, denn ihre Aktivistinnen und Aktivisten leben weiter. Es sind im Kern nur noch wenige, aber ausserordentlich standhafte - erstaunlicherweise in der Vielzahl Frauen - die sich nicht unterkriegen lassen. Und die anderen sind zurückgegangen, dahin woher sie gekommen sind. In Organisationen, die sich um die Finanzwirtschaft, die Wirtschaftskritik, die Umwelt, die

Inserat

die zeitung für
klassenkampf
frauenkampf
kommunismus

aufbau

theorie & praxis

5x im jahr

Jahresabonnement CHF 30.-
www.aufbau.org: "abo bestellen"
oder post an: aufbau, "abo"
postfach 8663, CH-8036 Zürich



Gesellschaft, die Menschenrechte und die Spiritualität kümmern und aktiv sind, oder haben in der Occupybewegung Neues für sich entdeckt.

Man kann eine Bewegung zwar ersticken, der Geist, den sie hervorgerufen hat bleibt frei, und wird sich an anderer Stelle, unter anderem Namen wieder melden, oder wer weiss, was geschehen muss und kann, damit Occupy wieder an Aktualität gewinnt.

Die Wogen der Finanzwelt gehen hoch, ihre Zahlen haben schwindelerregend viele Nullen bekommen - Unser Geld ist der grösste Schwindel, den die Menschheit je erlebt hat - Das sind eigentlich schon gar keine Wogen mehr, das ist ein Tsunami. Die Frage ist nur, an welcher Küste er zuerst auftritt.

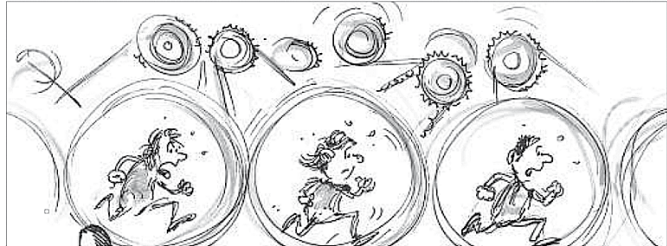
mn. Kommentar:

In den USA nahmen an den „Occupy“-Protesten auch Obdachlose teil. Die Zeltstädte der kapitalismus-kritischen Bewegung verfügten über Essensausgaben, Kleiderkammern, medizinische Versorgung und Gelegenheiten für die Körperpflege. Die grundsätzlich allen offen stehenden Zeltstädte wurden von der Polizei meist toleriert und die Anwesenden mussten nicht befürchten, Opfer von Straftaten zu werden. Für amerikanische Obdachlose ein ungewohnter Zustand von Sicherheit und Versorgung. Da es sich bei ihnen um Betroffene jener Missstände handelte, gegen die die „Occupy“-Bewegung agitiert, war es ein schwieriges Miteinander – oder eben leider meist Gegeneinander. Viele Obdachlose nutzten diese fast paradiesisch anmutenden Zustände zu ihren Gunsten aus. Die wenigsten interessierten sich für die Inhalte der Bewegung. Viele Aktivisten kamen an ihre persönlichen Grenzen, auch weil viele Obdachlose in den USA an psychischen Krankheiten leiden, die medizinisch nicht behandelt werden. Erschwert wurde die Situation zudem durch das aggressive und rücksichtslose Umgangsverhalten der Alkohol- und Drogenkranken. Für viele dieser Obdachlosen waren die Gesprächskultur und der zwischenmenschliche Umgang der Aktivisten fremd. Das führte zu sehr schwierigen Situationen. Nicht nur die deutsche Publikation „Junge Welt“ vermutete, dass die US-Behörden versuchten, Obdachlose und verurteilte Straftäter unter die Protestierer zu mischen, um sie zu schwächen und zu diskreditieren. Mittlerweile tritt Occupy in die nächste Phase. Themenbezogene Aktionen sollen die Aufmerksamkeit auf die Zukunft richten. Sie sollen zum Diskutieren, Nachdenken und sich einbringen anregen. Denn wir alle sind gefragt. Der Probleme sind viele. Rückwärtsgerichtete Politiker blockieren noch zuhauf die Umsetzung von Perspektiven. Die Occupy-Bewegung verbreitert sich. Es sind nicht ausschliesslich die Banken, die angeprangert werden. Schicht für Schicht werden Defizite und Verwicklungen freigelegt, die zu Ungunsten der Menschen, Tiere und der Natur tagtäglich ungestraft ablaufen, nur um den Reichtum, die Gier, den Luxus einiger weniger zu vermehren.

Der Occupy-Bewegung geht es um Lösungen, es geht um unsere Zukunft, um die die Zukunft unserer Nachkommen...

Einladung zur 8. Informations- und Diskussionsveranstaltung der IG Sozialhilfe zum Internationalen Menschenrechtstag

Montag, 10. Dezember 2012



Umverteilung von unten nach oben:

Sparmassnahmen in Gesundheit, bei IV-Renten, Bildung und Sozialhilfe verstärken die Armut und zersetzen die sozialen Menschenrechte in der Schweiz!

GZ Riesbach, Seefeldstrasse 93, 8008 Zürich

Tram 2 und 4 bis Feldeggstrasse

Eintritt frei - Kollekte

18.00 Gemeinsames Nachtessen

19.00 Veranstaltungsbeginn

Podiumsdiskussion mit:

- Pierre Heusser, Dr. iur. Anwalt
- Kurt Wyss, Soziologe
- Corinne Eugster, Sozialarbeiterin
- Branka Goldstein, Präsidentin der IG Sozialhilfe

IG Sozialhilfe

Postfach 1566 8032 Zürich

Tel. 079 343 66 43

Fax 044 261 23 69

ig-sozialhilfe@gmx.ch

www.ig-sozialhilfe.ch



Armut beinhaltet strukturelle Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung!